

Mittelhaardter Rundschau

AKTUELL NOTIERT

Mußbacher Landstraße: Stau, aber keine Alternative

Für lange Rückstau in der Gimmeldinger Straße, auf der neuen Verbindung vom AVG-Kreisell in Richtung Haardt/Gimmeldingen sowie auf dem Autobahnzubringer hat gestern im Berufsverkehr die zusätzliche Sperrung in der Müßbacher Landstraße geführt. Seit gestern ist diese schon ab dem Kreisell gesperrt. Zuvor war noch der Weg an der Tankstelle vorbei in die Villenstraße möglich gewesen, weil die Straße nur zwischen dem Keramikpavillon Rackow und dem Panorama-Hotel erneuert worden war. Jetzt ist die Einmündung der Martin-Luther-Straße in die Müßbacher Landstraße dran, danach das Stück bis zum Kreisell. „Bis zum Abschluss der Arbeiten im Mai/Juni wird es keine andere Umleitungsmöglichkeit geben“, sagte gestern Stadtsprecherin Andrea Müller auf Anfrage. Die städtische Tiefbauabteilung und die Polizei hatten sich gestern die problematische Situation angeschaut, aber keine Alternativen gefunden. „Wir wissen, dass der Verkehrszufluss dort zu bestimmten Zeiten sehr hoch ist und weisen deshalb nochmals auf die schon seit längerem ausgeschaltete großräumigere Umleitung über die Nachtweide hin“, so Müller. „Beobachten und bei Bedarf regelnd eingreifen“ will die Polizeieinheit, wie gestern deren Verkehrssachbearbeiter Peter Wenz sagte. „Es muss mit diesen Umleitungen funktionieren.“ Für den gestrigen Rückstau seien zumindest zum Teil auch Autofahrer verantwortlich, die vom Kreisell trotz der Sperrung in die Müßbacher Landstraße gebogen und dann nicht weitergekommen seien. (pse)

TAGESTHEMA



Gernot Rumpf zu entdecken

Kultur regional: Die große und die kleine Form – Plastiken und Medaillen des Bildhauers Gernot Rumpf in der Neustadter Volksbankfiliale. **LOKALSEITE 8**

BITTE UMBLÄTTERN

Esel als Maskottchen

Stadt: Esel George wirbt für Müßbach und dessen Wein. Das Grautier ist gar nicht störrisch, sondern verschmust. **LOKALSEITE 2**

Von Lohr bei HLL auf Platz 1

Haßloch: Spitzenkandidatin auf der Liste der HLL zur Gemeinderatswahl ist die 3. Beigeordnete Christina von Lohr. **LOKALSEITE 3**

Zwei Siege für TTC Diedesfeld

Lokalsport: Der TTC Diedesfeld feierte in der zweiten Tischtennis-Pfalzliga zwei Siege – einer war sehr überraschend. **LOKALSEITE 7**

Weinbach wird gedrosselt

Land: Rückhalteflächen und das Drosseln des Weinbachs sollen Niederkirchen vor Hochwasser schützen. **LOKALSEITE 9**

SERVICE

Leserbriefe
Auf einen Blick

LOKALSEITE 4
LOKALSEITE 5

SO ERREICHEN SIE UNS

MITTELHAARDTER RUNDSCHAU
Geschäftsstelle

Kellereistraße 12-16
67453 Neustadt
Telefon: 06321 8903-0
Fax: 06321 8903-20

Anzeigen / Abonnement

Telefon:* 06321 8903-0
0180 1000272
Fax:* 0180 1000273
E-Mail: rhpneu@rheinpfalz.de

*39 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz;
ggf. abweichende Preise aus dem Mobilfunknetz

Lokalredaktion

Telefon: 06321 8903-28
Fax: 06321 8903-36
E-Mail: redneu@rheinpfalz.de

Stadtwerke müssen offener werden

Gaspreis-Prozess: Ohne nähere Auskünfte zum Vorlieferantenverhältnis der Werke laut Richterin kein Erfolg gegen säumige Kundin

Stolz posierten fast 20 Mitglieder der Neustadter Gaspreis-Initiative gestern auf den Treppen vor dem Landgericht Frankenthal, hielten Plakate wie „Stadtwerke = Sattwerke“ hoch. Für sie war der zweite Verhandlungstag im Prozess der Stadtwerke gegen ihr Mitglied Colette Blasse gut gelaufen. Der Energieversorger muss nacharbeiten. Entschieden ist noch nichts.

„Ihr Vortrag entspricht nicht meinen Erwartungen“, sagte Vorsitzende Richterin Margret Thiel, zur Klägerseite mit Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus Wolff, Prokurist Martin Gödel sowie Rechtsanwalt Torsten Schröder (Berlin) gewandt. Um die Klage gegen Blasse, die ihre Gasrechnungen um 870 Euro gekürzt hatte, weiterzufolgen, müssten genauere Informationen zum Vorlieferantenverhältnis der Stadtwerke vorgelegt werden. Nur so könne nachgewiesen werden, dass die von Blasse angezeigten Erhöhungen der Verbraucherpreise berechtigt waren – und nur so sei die von den Werken vorgeschlagene Befragung der Wirtschaftsprüfer, die ebendies den Werken bescheinigt hatten, sinnvoll.

Schröder hingegen betonte, die erforderlichen Zahlen vorgelegt zu haben. Zu mehr seien die Stadtwerke mit Verweis auf ihre Geschäftsgeheimnisse und die Vertraulichkeitsabrede mit ihrem Lieferanten nicht bereit: „Wenn alles öffentlich würde, wäre uns künftig vielleicht ein günstiger Einkauf nicht mehr möglich.“ Thiel hielt entgegen: „Zu den Preisänderungsklauseln werden Sie schon etwas vortragen müssen.“

Die Stadtwerke dürfen jetzt bis 9. März nachbessern. Ob die Ergebnisse dann öffentlich oder nur dem Gericht vorgestellt werden, ist offen. Ein in dieser Hinsicht unklares Bundesgerichtshof-Urteil erschwert die Sache Thiel zufolge: „Ich will diesen Fall schnell entscheiden, sehe mich aber im Moment dazu außerstande.“ (pse) **INTERVIEW, KOMMENTAR**



Das Stadionbad: Sportstätte und Ursache überhöhter Gaspreise ...

Interview mit Mathias Hauber: „Gaskunden zahlen fürs Stadionbad“

Rechtsanwalt Mathias Hauber aus Edenkoben vertritt Colette Blasse, die Beklagte im Gaspreis-Prozess der Stadtwerke Neustadt. Er habe über die jetzt offene Frage der Zuliefererträge hinaus noch mehr Munition, sagt der 48-Jährige.

Herr Hauber, waren Sie heute besser vorbereitet als die Gegenseite?

Das Gericht hatte im November 2008 eindeutig benannt, was bis heute vorgetragen werden soll. Was von Seiten der Stadtwerke vorgetragen wurde, war zu wenig. Es fällt auf, dass zum Vorlieferantenvertrag und der Bezugskostensteigerungsklausel in diesem Vertrag nichts gesagt wird – also wie die Preise für die Stadtwerke gestiegen und gefallen sind. Vorbereitet war die Beklagte insoweit tatsächlich besser.

Die Stadtwerke verweisen auf Geschäftsgeheimnisse ...

Können sie aber meiner Einschätzung nach nicht, weil sie als kommunales Unternehmen alle preisbildenden Faktoren offenlegen müssen.

Eine Besonderheit der Werke ist, dass sie ihre 75-Prozent-Eignerin, die städtische Tourist, Kongress und Saalbau GmbH, mit ihren Gewinnen mitfinanzieren. Warum haben Sie heute vor dem Landgericht diesen Punkt angesprochen?

Weil das allgemeine Problem von Quersubventionierungen – so machen es fast alle kommunalen Ener-



... wie gestern Protestler in Frankenthal meinten. FOTOS: ARCHIV LM/FREI

gieversorger – gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt und unserer Ansicht nach einen enormen Einfluss auf die Gaspreise hat. In Neustadt zahlen so die Gas- und Stromkunden für die Tourist, Kongress und Saalbau GmbH, obwohl diese in ganz anderen Bereichen tätig ist. Genauso tragen sie die Verluste der Stadionbad GmbH, die eigentlich über eine Steuer aller Bürger bezahlt werden müssten. Dazu kommt die Konzessionsabgabe an die Stadt – überwiegend mit dem Höchststap. Das ist heftig, was an die Kunden weitergegeben wird. 2007 waren es etwa 3,18 Millionen Euro Konzessionsabgabe, 1,15 Millionen Stadionbad-Verlust und 2,65 Millionen an Gewinnabführung.

Noch ist die Richterin nicht auf die-

se Argumente eingestiegen ...

Ja, ich bin enttäuscht, dass die umfangreiche Frage der Quersubventionierungen bislang nicht erörtert wurde. Wir wollen auf jeden Fall, dass das hier zum Thema wird.

Werden Sie das bei den nächsten Sitzungsterminen anstreben?

Ja. Wir schauen jetzt mal, was von den Stadtwerken offengelegt wird, und werden das dann bewerten.

Sie betreuen heute rund 100 solcher Verfahren. Wie kam es dazu?

Ich war privat auch „Gasrebell“ und habe mich dann über den Bund der Energieverbraucher informiert. Seither werde ich von diesem empfohlen. Nach zwei Jahren bin ich jetzt in diese schwierige Materie gut eingearbeitet. (pse/Archivfoto: Im)

Fast 62 Millionen Euro geliehen

NACHGEHAKT: Neustadt wäre ohne neue Geldaufnahme 2042 schuldenfrei

Die Stadt Neustadt hat derzeit 61,7 Millionen Euro Schulden. Nach dem Investitionsprogramm der Stadtverwaltung wird sich diese Summe in den Jahren 2009 bis 2012 um weitere 6,1 Millionen Euro erhöhen. Wenn ab sofort keine neuen Darlehen mehr aufgenommen würden, wäre Neustadt im Jahre 2042 schuldenfrei.

Nach Angaben von Kämmerer Günter Rothaug hat Neustadt derzeit 59 Darlehen laufen, überwiegend bei Landesbanken, anderen Banken und Sparkassen. Die ausgehandelten Zinssätze schwanken zwischen 3,3 und 5,8 Prozent. „In der Regel handelt es sich um klassische Kommunaldarlehen, die ein Prozent Tilgung pro Jahr vorsehen“, sagt Rothaug. Die durchschnittliche Laufzeit betrage etwa 33 Jahre.

Den eingangs erwähnten Stopp bei der Neuaufnahme von Krediten sieht die Kämmerei jedoch nicht.

Aufgrund der anstehenden Maßnahmen wie dem geplanten Stadterweiterungs- und Sanierungsbedarf in Schulen, bei Straßen und Brücken gebe es kaum die Möglichkeit eines Schuldenschnittes. Es solle möglichst versucht werden, die Kreditaufnahmen jeweils auf die Höhe der Tilgungsleistungen zu begrenzen. Dann gäbe es zumindest keine Nettoneuschuldung.

Der niedrigste Schuldenstand der vergangenen Jahre war 2006 mit 56,9 Millionen Euro erreicht. Die Stadt zahlt in diesem Jahr 2,96 Millionen Euro Zinsen und tilgt Schulden in Höhe von 3,5 Millionen. Beides entspricht etwa den Werten der Vorjahre. (boe)

Opposition lehnt Steingleis-Schließung ab

Kritik an B-39-Planungen – „Wegfall des Bahnübergangs zieht Verkehr in die Stadt“ – Bedenken wegen 4,50 Meter hohen Lärmschutzes

Die SPD-Fraktion im Neustadter Stadtrat und die gemeinsame Oberbürgermeister-Kandidatin der Opposition, Barbara Hornbach (Grüne), haben die von der Stadtverwaltung geplante Schließung des Bahnübergangs Steingleis kritisiert.

Wie am vergangenen Mittwoch berichtet, soll der Bahnübergang zwischen Amalien- und Karolinenstraße geschlossen werden, wenn die B 39 auf eine neue Trasse entlang der Bahnleihe verlegt wird. Dies sei erst durch Nachfragen der Opposition bekannt geworden, so die Fraktionsvorsitzende Gisela Brantl, ihr Stellvertreter Werner Schreiner und Hornbach. Es habe zwar durchaus immer mal wieder Überlegungen gegeben, den Bahnübergang durch eine Über- oder Unterführung zu ersetzen, von Schließung sei aber niemals die Rede gewesen.



Nach Ansicht der Opposition hat der Bahnübergang Steingleis eine wichtige Funktion.

ARCHIVFOTO: LM

Eine Verlängerung des Karolinensteigs für Fußgänger sei kein Ersatz. Eine Schließung des Bahnübergangs führe dazu, dass Bewohner des Wohnviertels südlich der Gleise ausschließlich über die Zwackelsbrücke und die Karolinenstraße zufahren müssten. Dies gelte auch für den Verkehr zum Leibniz-Gymnasium. Dadurch würden zusätzliche Autos in die Stadt geführt, was geradezu im Widerspruch zur Planung stehe, die Weststadt von Verkehr zu entlasten. Auch die zweite

Zufahrt über die Saarlandstraße sei ungeeignet: Erstens würde das Wohngebiet unzumutbar belastet, zweitens sei die Straße für zusätzliches Verkehrsaufkommen viel zu schmal. Nach Ansicht der Opposition ist auch nicht berücksichtigt,

er sagt. Er würde im Kampf gegen Quersubventionierungen, Konzessionsabgaben, möglicherweise ungenaue Wirtschaftsprüfungen, ansehnliche Eigenkapitalrenditen sowie verschaltete Besitzverhältnisse von Werken und Vorlieferanten ganz grundsätzlich werden.

Das Verfahren der Stadtwerke gegen eine säumige Kundin gestaltet sich schwierig. Danach könnte es noch schwieriger werden.

Die gemütlichen Zeiten sind vorbei. Die Stadtwerke müssen sich nicht nur seit 2007 privater Konkurrenz auf „ihrem“ Heimatmarkt erwehren, sondern auch kritischer Kunden. Immer mehr widersprechen den in schwindelnde Höhen kletternden Gaspreisen. Und gestern hat sich herausgestellt: Einfach zu gewinnen ist ein Verfahren gegen säumige Kunden nicht.

Selbst wenn die Stadtwerke am Ende nachweisen sollten, dass sie nur die Steigerung der eigenen Bezugskosten weitergegeben haben, hätte der Rechtsanwalt der Gegenseite weitere Pfeile im Köcher, wie

Und wenn er gewönne? Dann würden wohl noch mehr Kunden eventuell ungestraft ihre Rechnungen kürzen – und die Stadtwerke müssten ganz schnell offener und billiger werden. Die Stadt hingegen müsste andere Finanzquellen etwa fürs Stadionbad finden oder Angebote streichen. Schwierig ...

Ausschließlich spekulativ sei zudem die Aussage von Oberbürgermeister Hans Georg Löffler (CDU), dass es künftig in der Karolinenstraße weniger laut werde. Bedenken hat die Opposition auch beim Aussehen des Lärmschutzes: Eine Lärmschutzwand an der neuen B 39 müsse vermutlich mindestens 4,50 Meter hoch werden. SPD und Grüne vermissen zudem ein Konzept für die innerörtliche Führung des Individualverkehrs und des Busverkehrs. Für die Opposition wäre es „ein untragbarer und undemokratischer Zustand, wenn der Bund dem Oberbürgermeister freie Hand geben würde, ein Projekt auf den Weg zu bringen, das die Zukunft der Stadt Neustadt maßgeblich verunstalten könne“. (boe)